

DRINGLICHE INTERPELLATION von Ruedi Winkler (SP, Zürich), Franz Cahannes (SP, Zürich) und Liliane Waldner (SP, Zürich)

betreffend die hohe und noch steigende Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich

Seit Herbst 1990 steigt die Arbeitslosigkeit auch im Kanton Zürich mit steigenden Wachstumsraten. Im Januar 1992 erreichte sie mit 9139 gemeldeten Arbeitslosen einen seit Ende der Dreissiger-Jahre nicht mehr gekannten Höchststand. Ein wesentlicher Unterschied zu früheren Konjunkturrückgängen liegt darin, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Stelle aus vorwiegend strukturellen Gründen verlieren.

Wir fragen den Regierungsrat:

1. Wie beurteilt er die wirtschaftliche Situation im Kanton Zürich zur Zeit und wie beurteilt er diese für die Zukunft:
 - a) in konjunktureller
 - b) in struktureller Hinsicht?
2. Die raschen und starken Veränderungen in der Wirtschaft stellen in bezug auf Aus- und Weiterbildung hohe Ansprüche an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die heutigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose genügen? Ist der Regierungsrat bereit - allenfalls in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern - spezifisch auf die Bedürfnisse im Kanton Zürich ausgerichtete Aus- und Weiterbildungsprogramme für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte zusätzlich zu prüfen und bei Bedarf durchzuführen?
3. Aufgrund der starken strukturellen Ursachen vieler Entlassungen und der Personalabbaupläne auch im Dienstleistungssektor ist davon auszugehen, dass die Sockelarbeitslosigkeit, d. h. die Zahl der Langzeitarbeitslosen, auch bei einer konjunkturellen Erholung wesentlich höher bleiben wird als bisher. Hat sich der Regierungsrat bereits Überlegungen gemacht, wie er dieser Erscheinung begegnen möchte? Plant er Projekte mit dem Ziel, möglichst vielen aus dem "Sockel" die Möglichkeit zu geben, im freien Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden?
4. Ist der Regierungsrat bereit, trotz der schlechten Finanzlage, im Sinne einer antizyklischen Finanzpolitik bestimmte geplante Projekte zu beschleunigen, um stützend auf die Beschäftigungslage zu wirken? Ist er bereit, dafür eine zusätzliche Verschuldung in Kauf

zu nehmen, die dann in besseren Zeiten abgetragen würde, bevor Steuersenkungen vorgenommen würden?

5. Wie hoch sind derzeit die nach dem Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschäftigungsreserven von den Unternehmen angelegten Mittel? Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, wie diese verwendet werden? Wie schätzt er deren Wirksamkeit in Bezug auf die Beschäftigung ein?
6. Ist die Tatsache, dass der Kanton Zürich - national gesehen - wirtschaftlich bezüglich der internationalen Verbindungen und der Wirtschaftskraft innerhalb der Schweiz eine Sonderstellung einnimmt, für das wirtschaftspolitische Handeln des Regierungsrates von Bedeutung? Sieht der Regierungsrat für sich Handlungsmöglichkeiten, um Innovationen in der Wirtschaft zu fördern oder wirksame Impulse zu geben?

Ruedi Winkler
Franz Cahannes
Liliane Waldner

W. Spieler	H. Hofmann
W. Volkart	H. Attenhofer
U. Schäpper	D. Gerber-Weeber
Ruedi Keller	R. Bapst-Herzog
M. Fehr	U. Kaltenrieder
J. Fehr	V. Müller-Hemmi
C. Weisshaupt Niedermann	W. Linsi
P. Stirnemann	R. Aeppli Wartmann
R. Krämer	Dr. A. Keiser
H. Bloch	Dr. T. Huonker
Dr. U. Mägli	Dr. S. Brändli
P. Oser	L. Illi
B. La Roche-Kronauer	

Begründung:

Die Arbeitslosigkeit liegt auch im Kanton Zürich auf einer seit dem Ende der Dreissiger Jahre nicht mehr gekannten Höhe. Viele Arbeitsplätze werden aus strukturellen Gründen abgebaut. Der Dienstleistungssektor, der bisher als Auffangbecken für Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer aus dem ersten und zweiten Sektor diente, plant massiven Stellenabbau oder ist bereits daran, diesen zu realisieren. Die öffentliche Hand ist ebenfalls sehr zurückhaltend bei der Schaffung von Stellen.

Dieser Entwicklung darf Kanton nicht gleichgültig gegenüber stehen. Er muss rasch handeln und dies im Sinne eines antizyklischen und präventiven Verhaltens. Dabei hat er geplante und ausführungsbereite Projekte vorzuziehen und bereits in Realisierung begriffene zu beschleunigen. Wo nötig müssen zusätzliche Weiterbildungsmassnahmen für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte angeboten werden. Um die fatalen Auswirkungen der Sockelarbeitslosigkeit zu vermeiden sind Programme anzubieten, die den Betroffenen ermöglichen, Arbeit zu finden.

Diese Massnahmen kann die Regierung rasch ergreifen, jetzt, wo sie benötigt werden und jetzt, wo sie im Sinne von antizyklischem Verhalten richtig sind. Werden sie nicht mehr gebraucht, können sie wieder weggelassen werden.